

18.03.2015 – PM 22/2015

Energetische Gebäudesanierung

IG BAU fordert Festhalten am geplanten Steuer-Bonus

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) appelliert an die Politik, sich an den bereits verabredeten Steuer-Bonus bei der energetischen Gebäudesanierung zu halten. „Investoren wie Eigennutzer brauchen Planungssicherheit“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers. „Es ist zwar wichtig, pro und contra von politischen Entscheidungen im Vorfeld abzuwägen. Aber es braucht gewichtige Gründe, um getroffene Vereinbarungen kurzfristig über den Haufen zu werfen.“

Der Steuer-Bonus für energetische Gebäudesanierung war Ende vergangenen Jahres vom Kabinett beschlossen worden. Seit Anfang März steht die Regelung jedoch wegen der offenen Finanzierung wieder in Frage. Dabei ist es Ziel der Bundesregierung, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 zu verringern. Gebäude sind dabei ein wichtiger Faktor. Rund 40 Prozent der in Deutschland verbrauchten Energie entfällt auf Immobilien. Mit moderner Dämmung lässt sich deren Energiebedarf um bis zu 80 Prozent reduzieren. Jedoch liegt die Sanierungsrate von Wohnungen derzeit bei nicht einmal einem Prozent.

„Wir brauchen Anreize für Eigennutzer wie für Investoren, um die energetische Sanierung voranzubringen. Der Steuer-Bonus ist dafür der Königsweg. Er darf aber nicht auf dem Rücken des Handwerks erkaufte werden. Deshalb ist es richtig, ungeschmälert am Handwerker-Bonus festzuhalten“, sagte Schäfers. „Vier Fünftel aller Wohnungen werden entweder von den Eigentümern selbst genutzt oder gehören privaten Kleinvermietern. Ein Steuer-Bonus setzt für diese Gruppe einen besonders hohen Sanierungsanreiz.“ Nach den bisherigen Plänen hätten Immobilieneigentümer bis zu einem Viertel der Sanierungskosten von ihrer Steuerlast abziehen können.

(1751 Zeichen)